

Stellungnahme der Willkommensinitiative „Rainbow Refugees Cologne – support group“

Nicht in unserem Namen! Nicht in unserem Sinne! Keine Bündnisse mit Rechtspopulisten!

Am 19.03.2016 haben wir aus einem Artikel im Kölner Stadtanzeiger¹ vom Antrag der Freien Wähler an die Bezirksvertretung in Köln-Rodenkirchen erfahren: Im April soll über einen Antrag nach einer „integrativen Flüchtlingsunterkunft“ für traumatisierte Männer, Frauen, Mütter und Homosexuelle entschieden werden.

Thorsten Ilg, ehemaliges Mitglied der Alternative für Deutschland und mittlerweile Kölner Stadtrat für die Freien Wähler, bezieht sich hierbei unter anderem auf unsere Arbeit als Initiative zur Unterstützung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und/oder intergeschlechtlicher Geflüchteter.

Als Willkommensinitiative arbeiten wir eng mit Geflüchteten, dem migrantischen Treffpunkt baraka, dem Beratungszentrum Rubicon und dem Kölner Flüchtlingsrat zusammen.

Die Forderung nach geschützten und dezentralen Unterkünften für homo- und transsexuelle Geflüchtete ist dabei eine zentrale – und wurde von unseren Partner_innen und uns bereits in die stadtpolitischen Gremien eingebracht.

Der Antrag durch Thorsten Ilg und die Freien Wähler kommt daher für uns überraschend – und ist kein Grund zur Freude!

Für uns steht fest:

- die Alternative für Deutschland ist eine homosexuellen- und transfeindliche Partei und sie ist Brandstifterin in einer rassistischen Stimmung, die sich gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer_innen richtet. Ihre minderheitenfeindliche und rassistische Politik bietet keinerlei Grundlage für eine Zusammenarbeit.

Als zwar ehemaliges Mitglied der AfD hält Thorsten Ilg dennoch weiterhin an vielen dieser Positionen fest und kann daher kein Bündnispartner für uns sein.

- Politische Forderungen nach einer Verbesserung der Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und/oder intergeschlechtlichen Geflüchteten müssen gemeinsam bestimmt werden von Betroffenen, migrantischer Selbstorganisation, Beratungszentren und politischen Initiativen. Der Antrag der Freien Wähler wurde ohne Beteiligung der genannten Akteur_innen erstellt.

- Der Vorschlag einer „integrativen Flüchtlingsunterkunft“ liefert keine Lösung für die Problemanzeige homosexuellen-, trans- und frauenfeindlicher Gewalt in Sammelunterkünften. Es braucht spezifische, dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Homo- und Transsexuelle wie für Frauen und Kinder. Frauen brauchen hierbei zudem einen Raum ohne die Anwesenheit von Männern.

- Homosexuellen- und Transfeindlichkeit ist ein gesellschaftspolitisches Problem. Es lässt sich nicht lösen durch einen einseitigen und verallgemeinernden „Erziehungsauftrag“ an geflüchtete Personen.

- Unsere bisherige Arbeit und unsere Forderungen an die Kölner Verwaltung wird vor diesem Hintergrund durch den Antrag der Freien Wähler und die Bezugnahme von Thorsten Ilg auf unsere Initiative geschwächt.

Wir werden uns weiter für die Rechte von Geflüchteten einsetzen, für würdevolle und sichere Unterbringung und vollkommene gesellschaftliche und soziale Teilhabe – auf die Unterstützung von Rechtspopulisten können wir verzichten und verwehren uns gegen eine Vereinnahmung auf Kosten der Betroffenen.

¹ <http://www.ksta.de/koeln/rodenkirchen/asyl-koelner-politiker-fordern-einrichtung-fuer-homosexuelle-fluechtlinge-23735844>